

CORONA

Neue Anti-Corona-Maßnahmen

Juristische Niederlagen beim Kampf um Anti-Corona-Maßnahmen verunsichern Bevölkerung und Polizeibesetzte – GdP Hamburg fordert sorgfältige Regierungsarbeit!

GdP Hamburg

Als Anlass der vor Kurzem veröffentlichten Eil-Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg zur Außervollzugsetzung der Sperrzeit und des Alkohol-außer-Haus-Verkaufsverbots in Niedersachsen warnt die GdP Hamburg vor weiterer Verunsicherung größerer Teile der Bevölkerung, aber auch der Polizeibesetzten. Zugleich sieht die GdP der Hansestadt die Gefahr, dass die mühsam errungenen Anti-Corona-Maßnahmen von den Gerichten wieder aufgehoben werden könnten.

„Wir Polizeibeamtinnen und -beamten wissen genau, dass unser Auftrag darin besteht, Gesetze und Verordnungen, wenn nötig, auch gegen den Willen der Betroffenen durchzusetzen. Bei den jetzt beschlossenen Regelungen handelt es sich teilweise um massive Einschränkungen der Grundrechte. Die Polizei ist zwingend darauf angewiesen, dass diese Beschränkungen rechtssicher sind. Rechtsunsicherheiten können wir uns nicht leisten!“, stellte der Hamburger GdP-Landesvorsitzende, Horst Niens, in einer ersten Reaktion auf die Lüneburger Gerichtsentscheidung fest.

Die GdP Hamburg erwarte vom Hamburger Senat Rechtsklarheit, so Niens weiter. Allerdings dränge sich der Eindruck auf, dass die Bundes- und die Landesregierung zwar jetzt zu einheitlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie gelangt seien, aber möglicherweise eine saubere juristische Arbeit vernachlässigt worden sei.

„Weitere juristische Niederlagen beim Kampf um Anti-Corona-Maßnahmen dürfen nicht passieren. Zwar drängt die Zeit, aber Sorgfalt in der Anwendung des Rechts muss sein. Alles andere verspielt das Vertrauen der Bevölkerung und macht die tägliche Arbeit meiner Kolleginnen und Kollegen immer schwerer“, stellte Horst Niens klar. ■

MOTIVATION



LOADING...

“

Wir glauben fest daran, dass unsere Kolleginnen und Kollegen die Polizei Hamburg gut durch die Pandemie bringen werden. Halten wir fest: Hamburg kann sich erneut auf die Menschen in der Polizei verlassen! Wir stehen an eurer Seite!

**Gewerkschaft
der Polizei**
Hamburg**Die
News**

Foto: GdP Hamburg

DP – Deutsche Polizei
Hamburg**Geschäftsstelle**
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
Telefon (040) 280896-0
Telefax (040) 280896-18
gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle**
Montag bis Donnerstag
8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag
8.00 bis 14.00 Uhr**Redaktion**
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
joern.clasen@gdp.de



HIER ARBEITET EIN MENSCH

Meldet Übergriffe!

DGB

Ihr habt von Übergriffen gegen Beschäftigte bei Bahn, Einsatzkräften oder anderen Berufsgruppen im Dienst der Gesellschaft gehört? Oder ihr seid selbst Opfer geworden? Machen wir diese inakzeptable Gewalt endlich sichtbar!

Meldet uns jetzt eure Vorfälle und wir machen auf unserer Deutschlandkarte

sichtbar, an wie vielen Orten Beschäftigte im öffentlichen und privatisierten Sektor bedroht und angegriffen werden!

<https://mensch.dgb.de/vorfaelle>

Warum? Die Angriffe, die unsere Kolleginnen und Kollegen täglich erfahren, werden immer noch nicht systematisch erfasst. Wir machen einen ersten Schritt. Denn je mehr wir über die Gewalt wissen, desto besser können wir für Verbesserungen kämpfen. #HierArbeitetEinMensch ■



Anzeige

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hamburg haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Hamburg zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.vdp-polizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211 7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183, Frau Antje Kleuker
antje.kleuker@vdp-polizei.de
www.vdp-polizei.de

Weihnachtswünsche

GdP Hamburg

Frohe und erholsame Weihnachtstage, Gesundheit und ein erfolgreiches Jahr 2021 wünschen der Landesbezirksvorstand Hamburg der Gewerkschaft der Polizei und das Polizeisozialwerk allen Kolleginnen und Kollegen sowie deren Angehörigen und Freunden.



... von Freunden empfohlen



**Den Jahreswechsel mit dem
Polizeisozialwerk planen!
Wir planen die Auszeit von
Corona und den Start in ein
gesundes 2021! Informationen
gibt es im PSW!**



Ob Sommer-
urlaub 2021 oder
doch nur die
kurze Auszeit
über Silvester und
Weihnachten –
wir sind weiterhin
für euch da!

Polizeisozialwerk Hamburg GmbH
Hindenburgstr. 49
22297 Hamburg
Tel: 040 / 28 08 96 22
Fax: 040 / 28 08 96 27
Mail: psw-reisen-hamburg@gdp.de
www.psw-hamburg.de




ARBEITSSCHUTZ

Die GdP Hamburg fordert Schnelltests für die Polizei Hamburg!

In den letzten Tagen häufen sich in Hamburg die Fälle, in denen auch bei Polizisten ein Anfangsverdacht auf eine Corona-Infektion besteht. Bis der Verdacht ausgeräumt ist, können die betroffenen Polizisten keinen Dienst versehen.

GdP Hamburg

Das kann auch für ganze Dienstgruppen oder Züge der Bereitschaftspolizei zutreffen. Sollten die Fallzahlen der von einem Corona-Verdacht betroffenen Polizisten weiter steigen, könnte dadurch die Funktionsfähigkeit der Polizei eingeschränkt werden. Um das zu verhindern, fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) den Innensenator auf, sofort dafür zu sorgen, dass für Polizisten, bei denen

ein Verdacht auf eine Corona-Infektion besteht, ein Schnelltest zur Verfügung steht. Mit Dr. Wegner haben wir einen Fachmann in der Polizei. Diese Kompetenz muss die Polizei umgehend nutzen! „Wir müssen sicherstellen, dass die Funk-

tionsfähigkeit der Polizei nicht dadurch eingeschränkt wird, dass die betroffenen Beamten womöglich mehrere Tage auf die Möglichkeit warten müssen, auf einen Corona-Verdacht getestet zu werden“, begründet der stellvertretende Landesvorsitzende der GdP, Lars Osbur, die Forderung nach einer schnellen Einführung von Corona-Schnelltests.

„Passiert das nicht, sind womöglich ganze Dienstgruppen der Polizei vorübergehend nicht einsatzbereit. Das sollten wir in der jetzigen Situation vermeiden“, ergänzt Lars Osbur. Nach Einschätzung der GdP müssen insbesondere die Kolleginnen und Kollegen des Primärvollzuges bei Verdacht auf eine Corona-Infektion vorrangig und schnell getestet werden. ■

Anzeige

Macher oder Aufschieber? Macher.
Selbstbestimmung im Trauerfall.

100 Jahre GBI
Großhamburger Bestattungsinstitut rV

Erhalten Sie kostenlos den GBI-Bestattungsvorsorgeordner
040 - 24 84 00
www.gbi-hamburg.de

GBI HAMBURGER ORIGINAL
SEIT 1900

„Ein Vollzugsdefizit darf es bei der Durchsetzung von Corona-Regeln zum Schutze aller nicht geben. Deshalb ist es wichtig, klar zu benennen, wer in unserem Land Corona-Regeln missachtet und wo vermeidbare Ausbruch-Herde sind. Aus Gründen der Political Correctness auf klare Worte zu verzichten, heißt den Infektionsschutz zu schwächen.“

Andreas Schmidt, GdP
Hamburg



Gewerkschaft der Polizei
Hamburg





„Die Bewahrung der Einsatzfähigkeit ... ist von Anfang an ein Schwerpunkt der Überlegungen der Behördenleitung im Rahmen der Pandemiebekämpfung gewesen.“

REAKTION

Die GdP Hamburg erhält zur Forderung nach Schnelltests eine schnelle Antwort des Senators!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nach Veröffentlichung unseres letzten Flugblattes erhielten wir umgehend eine Antwort, die wir euch nicht vorenthalten möchten.

„Sehr geehrter Herr Osburg,

im Namen von Senator Grote möchte ich Ihnen im Hinblick auf Ihr aktuelles GdP-Flugblatt zum Thema „Schnelltests für die Polizei Hamburg“ antworten.

Herr Grote begrüßt Ihre Bemühungen zur Erhaltung der Einsatzfähigkeit der Polizei Hamburg. Die Polizei Hamburg ist einer der wesentlichen Eckpfeiler bei der Durchsetzung der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie.

Die notwendigen Maßnahmen müssen bereits seit einigen Monaten parallel zu den Belastungen des polizeilichen Alltags gestemmt werden, weshalb alle Kolleginnen und Kollegen zunehmend stark belastet sind. Umso wichtiger ist es, gerade mögliche Infektionsgeschehen innerhalb der Polizei schnell zu identifizieren und einzudämmen – gerade vor dem Hintergrund der aktuell stark steigenden Zahlen innerhalb der Gesamtbevölkerung.

Die Bewahrung der Einsatzfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist von Anfang an ein Schwerpunkt der Überlegungen der Behördenleitung im Rahmen der Pandemiebekämpfung gewesen. Der Innensenator hat die Polizeiführung bereits zu Beginn des Pandemiegeschehens im Frühjahr aufgefordert, entsprechend umfassende Hygienekonzepte zum Schutz der Kolleginnen und Kollegen zu entwickeln. Der Aufbau der eigenen Teststrecke der Polizei war nur ein Bestandteil dieser Bemühungen. Die Polizei wurde diesbezüglich auch bereits vor Monaten aufgefordert – analog zur Feuerwehr Hamburg – im Rahmen der Testungen sehr niedrigschwellig vorzugehen und die vorhandene Teststrecke umfassend zu nutzen, auch ganz unabhängig von vorhandenen Symptomen bei einzelnen Kolleginnen und Kollegen. Jeder, der das Gefühl hatte, einem Infektionsgeschehen mittels eines PCR-

Tests vorbeugen zu können oder sich persönlich sicherer zu fühlen, sollte die Gelegenheit zur Nutzung der Teststrecke bekommen. Die Polizeiführung wurde aufgefordert, dieses Vorgehen bei den eingesetzten Kräften zu etablieren. In den vergangenen Monaten konnten zwischenzeitlich auch zunehmende Testzahlen bei der Polizei Hamburg verzeichnet werden.

Seit Kurzem stehen nun auch sogenannte Schnelltests zur Verfügung, die parallel zu den bereits bekannten PCR-Tests einsetzbar sind. Vorteil dieser Tests ist natürlich die Unmittelbarkeit der Auskunft über eine mögliche Infektiosität, im Gegensatz zu den erforderlichen fünf Tagen Wartezeit, bevor mittels eines PCR-Tests das Vorliegen einer Infektion nachgewiesen oder eben ausgeschlossen werden kann. Nachteil ist allerdings die im Vergleich zu den PCR-Tests geringere „Verlässlichkeit“ im Hinblick auf den sicheren Ausschluss einer solchen Infektion. Dies ist auch der Grund, warum die von den Gesundheitsämtern angeordneten Quarantänemaßnahmen – auch für Kontaktpersonen der Klasse 1 – aktuell noch nicht mittels eines solchen Schnelltests aufgehoben werden können. Dies belastet natürlich gerade die Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr, aber eben auch medizinisches Personal in den Krankenhäusern usw. An dieser Thematik arbeitet der Krisenstab der BIS aktuell im Hinblick auf die Wiederherstellung einer möglichst schnellen Verfügbarkeit nicht infizierter Kolleginnen und Kollegen von Polizei und Feuerwehr.

Unabhängig davon hat Herr Grote jedoch gerade am heutigen Tage die Polizeiführung dazu aufgefordert, im Rahmen der Teststrategie auch „präventiv“ vorzugehen und nicht nur „reaktiv“ beim Vorliegen entsprechender Verdachtsfälle zu agieren. Die Polizei wurde aufgefordert, eine entsprechende Priorisierung der einzelnen Bereiche vorzunehmen und gerade die Einheiten, die für die Arbeit der Polizei an sich „systemrelevant“ erscheinen (also bspw. die PEZ oder das Lagezentrum), „präventiv“ nach einem festen Schema mittels der PCR-Methode zu testen und sich zeitgleich mit der Feuerwehr

über die verstärkte Einsetzbarkeit geeigneter Schnelltests abzustimmen.

Erste Schnelltests wurden unter fachlicher Begleitung von Dr. Wegner bereits beschafft bzw. eingesetzt, allerdings müssen die Rahmenbedingungen für die Durchführung der Testungen auch so gegeben sein, dass die Tests entsprechend aussagefähig sind. Teilweise ist zur Durchführung dieser Schnelltests aktuell noch medizinisches Personal erforderlich, welches natürlich auch nicht flächendeckend zur Verfügung steht. Um hier entsprechend tragfähige Lösungen zu erarbeiten, wurde die Polizei Hamburg aufgefordert, sich mit der Feuerwehr sowie dem Krisenstab der BIS abzustimmen. Ich bitte Sie, diesen Prozess aus Sicht der GdP und stellvertretend für Ihre Mitglieder bzw. die Kolleginnen und Kollegen eng zu begleiten.

Betreffend der aktuellen Infektionsgeschehen in der Polizei wurde seitens der Behördenleitung darum gebeten, den betroffenen Kolleginnen und Kollegen zeitnah Informationen zu den Anmeldungen auf der Teststrecke zukommen zu lassen.

Bei Rückfragen kommen Sie gern auf mich zu.“

Die GdP Hamburg dankt für die schnelle Reaktion und wird den Prozess weiter begleiten. Bleibt gesund. ■

Anzeige

**Notdienst der
Glaser-Innung Hamburg**
für alle Hamburger Bereiche

**Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60**



Firmenungebundene
Auftragsannahme



„Gleiche Tätigkeit bedeutet schon lange nicht mehr gleiche Besoldung.“

DGB-BESOLDUNGSREPORT 2020

Dynamik in der Einkommensentwicklung der BeamtInnen

Besoldungsunterschiede von mehreren tausend Euro jährlich, keine einheitliche Wochenarbeitszeit und ein steigender Bedarf an qualifiziertem Nachwuchs: Das ist die aktuelle Lage im Beamtenbereich in Deutschland. Zugleich ergriffen einzelne Dienstherrn in den vergangenen zwei Jahren besoldungspolitische Maßnahmen, die zu Veränderungen im bundesweiten Besoldungsvergleich geführt haben. Der aktuelle Besoldungsreport stellt die Einkommenssituation der BeamtInnen 2020 dar und nimmt dabei auch die erhöhte Wochenarbeitszeit in vier Ländern und im Bund in den Blick. Die Anpassung der Arbeitszeit der BundesbeamtInnen an das Tarifniveau ist eine zentrale Forderung für die bevorstehende Besoldungsrunde Bund, die sich an die Tarifeinigung vom 25. Oktober für die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen anschließt.

Bundesweit einheitliche Arbeitszeit umsetzen!

Die öffentlichen Arbeitgeber suchen händeringend qualifizierten Nachwuchs. Der Personalbedarf ist enorm und wächst stetig. Allein dem Bundesdienst gehen in den nächsten zehn Jahren altersbedingt über 30 Prozent der Beschäftigten verloren. Zugleich driftet die Besoldung im deutschlandweiten Vergleich immer weiter auseinander. So verdient ein junger IT-Spezialist in Mecklenburg-Vorpommern trotz identischer hoher Verantwortung 10.000 Euro weniger als seine KollegInnen in Bayern. Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende, konstatiert: „Damit wird die Zahlkraft der einzelnen Dienstherrn zum entscheidenden Kriterium im Wettbewerb um die besten Köpfe.“

Doch um die Leistungsfähigkeit des gesamten öffentlichen Dienstes und damit gute Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen, brauchen wir einheitlich gute Rahmenbedingungen. Dazu gehört auch eine bundesweit einheitliche Arbeitszeit. Im Bund arbeiten die Beamtinnen und Beamten mit 41 Wochenstunden mit am meisten. Von Work-Life-Balance kann da keine Rede sein.“

Vor dem Hintergrund der am vergangenen Wochenende in Potsdam zu Ende gegangenen Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen macht Hannack deutlich: „Deswegen fordern wir neben der Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes auch, endlich die Arbeitszeit wieder auf das Tarifniveau abzusenken, das im Schnitt 39 Stunden in der Woche beträgt.“

Dynamik in der Besoldungspolitik, aber weiterhin große Unterschiede

Einige Länder haben im Wettkampf um gutes Personal sowie zur Sicherstellung einer verfassungskonformen Alimentation in der jüngeren Vergangenheit Maßnahmen ergriffen, die zu Veränderungen im bundesweiten Besoldungsvergleich geführt haben. Vor allem Berlin und Rheinland-Pfalz konnten mittels Besoldungsanpassungen ihre Position deutlich verbessern. Andere Länder griffen in die Struktur ihrer Besoldungsordnungen ein, in dem sie ganze Besoldungsgruppen oder -stufen strichen.

BeamtInnen werden bei gleicher Tätigkeit weiterhin unterschiedlich besoldet. So erhält der Lebensmittelkontrolleur (Eingangsstufe A 7) im Saarland über 4.000 Euro jährlich weniger als sein Kollege in Bayern. Und die Jahresbruttobesoldung einer saarländischen Polizeihauptmeisterin (Eingangsstufe A 9) ist über 3.700 Euro niedriger als die ihrer bayerischen Kollegin.

Zum Report

Der jährlich erscheinende DGB-Besoldungsreport stellt die Auswirkungen der Besoldungspolitik von Bund und Ländern anhand der Jahresbruttobesoldung der Besoldungsgruppen A 7, A 9 und A 13, einer ledigen und kinderlosen Beamtin bzw. eines ledigen und kinderlosen Beamten dar. Er veranschaulicht, welche Wege die 17 Besoldungsgesetzgeber seit der Föderalismusreform I im Jahr 2006 beschritten haben und wie die einseitig ausgeübte Gesetzgebungskompetenz zu einem Auseinanderdriften der Besoldungslandschaft geführt hat. ■



„Trotz der Corona-Pandemie bleiben wir für euch aktiv.“

SENIOREN 2020

Rückblick des Fachbereichs auf außergewöhnliche 12 Monate

Das Jahr 2020 hatte so schön mit unserer traditionellen Mitgliederehrung am 13. Januar begonnen. Bei Kaffee und Kuchen im Spiegelsaal des Hotels Best Western in Hamburg nahmen die Kollegen/-innen jeweils Glückwünsche des Landesvorsitzenden, Horst Niens, ihre Urkunde und Ehrennadel entgegen.

Gundula Thiele-Heckel

Fachbereichsvorsitzende Senioren

Ein geladen waren alle Mitglieder, die 25, 40, 50, 65 oder 70 Jahre der Gewerkschaft ihre Treue gehalten haben. Unter den Jubilaren befanden sich auch unsere ehemaligen Landesvorsitzenden Manfred Biebert und Konrad Freiberg. Aufgrund der Corona-Pandemie werden wir diese Veranstaltung im Januar 2021 nicht durchführen können, Alternativen für eine Ehrung sind angedacht.

In unserer gemeinsamen Mitgliederversammlung im Januar konnten wir dann den Seniorenbeauftragten der Hamburger Polizei, Jörg Nased mit seiner Handpuppe „Herrn Maschke“, begrüßen. Hier ging es um Verkehrssicherheit im Allgemeinen und im Speziellen für Senioren.

Im Februar ging es um Fußball. Der Kollege Erik Manke brachte uns in seinem interessanten Vortrag den Werdegang des Steuerstrafverfahrens gegen einen prominenten Manager eines deutschen Fußballvereins nahe. Wegen Steuerhinterziehung wurde der Manager zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.

Im Februar gab es eine Infoveranstaltung der AG-Beihilfe, zum 1. Februar 2020 traten die neuen Beihilfavorschriften in Kraft. Die Kostendämpfungspauschale wurde gestrichen, dafür gab es weitreichende

Einschnitte u. a. in den Heilpraktikerleistungen und Sehhilfen.

Für unsere Mitgliederversammlung im März konnten wir zeitnah Frau Busch von der Beihilfestelle der ZPD als Referentin gewinnen. Sie erläuterte uns die Veränderungen und stellte sich den Fragen des Plenums.

Kurz nach unserer Veranstaltung hatte auch Deutschland die Corona-Pandemie erreicht. Alle weiteren Veranstaltungen mussten abgesagt werden, der Lockdown folgte. Gerade wir Senioren waren bei der 1. Ansteckungswelle betroffen und sehr gefährdet.

Seitens des Fachbereichsvorstandes wurden die bereits mit Referenten geplanten Mitgliederversammlungen für April und Mai abgesagt, auch die in der DP angekündigten Ausflüge und Besichtigungen konnten nicht mehr stattfinden.

Die Sitzungen der jeweiligen Vorstände erfolgten nun über Video- oder Telefonkonferenzen, die Arbeit der Gewerkschaft konnte und durfte nicht ruhen. Unter anderem haben wir die jeweiligen Anschreiben und den Vorlauf zu den regelmäßig stattfindenden Tagesseminaren „Begleitung in den Ruhestand“ neu strukturiert und umgestellt und unsere Vorstandsarbeit auf mehrere Schultern verteilt. Unser Anspruch ist,

stets für unsere Senioren/Innen ansprechbar zu sein und Hilfe bieten zu können.

Auch im Bund und dem DGB haben wir die Themen nicht ruhen lassen; dort mussten ebenfalls geplante Sitzungen vor Ort abgesagt werden. Berichte über unsere Aktivitäten waren jeweils im Landesteil der DP zu verfolgen.

In dieser schwierigen Zeit hatten wir aber auch erfreuliche Meldungen. Einigen unserer Mitglieder durften wir zu ihren Geburtstagen persönlich gratulieren.

Justus Haack erhielt Glückwünsche zum 100. Geburtstag, Berta von der Burg empfing uns sogar zum 104. Geburtstag. Kurt Hopp feierte ebenfalls den 100. Geburtstag, genauso wie Karl Gohde. Unserem Mitglied Irma Lücking wurden Glückwünsche zum 102. Geburtstag überbracht.

Glückwünsche zur Diamantenen Hochzeit (60 Jahre) gab es für das Ehepaar Waltraud und Harald Vittinghoff sowie Elke und Manfred Kuhlmann.

Im Oktober war es dann endlich wieder so weit: Der Mitgliederversammlung stand nichts mehr im Wege. Wir trafen uns nun, wegen der Hygiene- und Abstandsregeln, im großen Sitzungssaal des Polizeipräsidiums. Mit Jörg König als Gastreferent von PERS 42 war es wieder ein kurzweiliger Nachmittag, diesen wollten wir im November bei einem kleinen Stück Stollen und einem Gastreferenten vom BSB eigentlich fortsetzen. Aufgrund der rasant steigenden Fallzahlen der Pandemie habe ich die Mitgliederversammlung erneut abgesagt. Wir werden alles nachholen.

Der Vorstand des FB Senioren wünscht euch allen eine schöne Adventszeit und Weihnachten im Kreise eurer Familien. Bleibt alle gesund. Wir sehen uns hoffentlich im Januar zu unserer Mitgliederversammlung. Zugesagt hat unser 1. Bürgermeister, Herr Dr. Peter Tschentscher. Solltet ihr Fragen an ihn haben, teilt mir diese, auch über die Geschäftsstelle, bitte mit, damit sich Herr Tschentscher vorab informieren und dazu Stellung nehmen kann. ■



DGB

„Azubi-Ticket“: Gutes Angebot, kleinere Probleme

DGB Hamburg, Pressestelle

Zur vorgestellten Zwischenbilanz zum BonusTicket für Azubis sagt Lars Geidel, Sprecher der DGB-Jugend Hamburg:

„Wir haben es gerade wieder auf unserer Berufsschultour von Azubis zurückgemeldet bekommen: Für sehr viele ist das Ticket ein super Angebot und es gibt großen Bedarf. Wir fordern deswegen alle Arbeitgeber dazu auf, ihren Auszubildenden den Bezug des Tickets zu ermöglichen. Leider gibt es aber auch noch ein paar Probleme bei der Verteilung. So bekommen dual Studierende die Fahrkarte in einigen Fällen nicht, weil sie nicht zu den Azubis gezählt werden. Ein Anrecht auf ein Semesterticket haben sie aber auch nicht.“

Zudem dauert es von der Antragstellung bis zum Erhalt des Tickets noch sehr lange.

Das könnte ein Grund sein, warum zum Beispiel im Bereich des Handwerks noch sehr wenige Azubis ein Ticket haben, obwohl die Nachfrage viel höher ist. Wir hoffen, dass diese Probleme abgestellt werden können. Dann werden noch viel mehr Azubis das Ticket nutzen. Nach unseren Umfragen haben rund drei Viertel aller Auszubildenden Interesse an der Fahrkarte.“ ■



Gratulation zum wohlverdienten Ruhestand

Hinweis:

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von 25- und 40-jährigen Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr gestattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termins an die GdP-Mitgliederverwaltung.

Tel.: (040) 280896-17